

Erst kam die Schlammwelle, dann folgten die Anwälte?

Der Brumadinho-Dammbruch in Brasilien und lokale Rechtsfeldverschiebungen bei der Aufarbeitung von Bergbauunfällen im Kontext transnationaler Rechtskämpfe

Markus Ciesielski, Carolina Vestena und Christian Scheper

Beitrag zur Veranstaltung »Recht und Ausbeutung aus rechtssoziologischer Perspektive« der Sektion Rechtssoziologie

Einführung

Seit den 1990er-Jahren rückt unter den teils sehr unterschiedlichen Rechtsverständnissen jenes in den Vordergrund, das Recht als Mittel gesellschaftlicher Gestaltung begreift. Die aktuellen Debatten zu Recht und Ausbeutung setzen sich produktiv mit dieser Position auseinander und folgen der Forschung über Kämpfe um Anerkennung: Schon T. H. Marshall untersuchte das Erkämpfen von bürgerlichen, politischen und sozialen Rechten (Marshall 2009). Es zeigten sich Risse am Bild einer liberalen Rechtsauffassung, denn Marshall analysierte, wie Rechte zunächst historisch eingefordert werden mussten. Umgekehrt wurde auch untersucht, wie die Rechte dieser drei Rechtsgenerationen zum Mittel wurden, um sozialen Wandel zu erkämpfen. Diesen Ansatz verfolgten die US-amerikanischen Socio-Legal Studies. Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde lebhaft diskutiert, inwiefern Jurist:innen als „Gesellschaftsingenieure“ verstanden werden können. Auch gegenwärtig wird die gestalterische Rolle von Jurist:innen analysiert (Pound 1910; Buckel 2014, S. 33). Allerdings ist Recht nicht einseitig als „Legal Fix“ für soziale Probleme anzusehen (Ciesielski 2025; Vestena 2022).

Bedeutsam ist diese Diskussion insbesondere in der Region Lateinamerika, wo sich eine interdisziplinäre Debatte über den lateinamerikanischen Konstitutionalismus findet und das Recht als gestalterisches Instrument im Licht von weitgehenden Verfassungsrechten erörtert wird. Es findet sich in den Debatten über das lateinamerikanische Recht häufig auch diese zweite Position, die Kritik der Möglichkeiten gesellschaftlicher Gestaltbarkeit mit den Mitteln des Rechts. Marcelo Neves (1998) sprach von „toten Wörtern“ in den Verfassungen Lateinamerikas – und meinte damit die jeweiligen Verfassungsgrundrechte. Später betrachtete Roberto Gargarella (2012) die Verfassungsrechte in lateinamerikanischen Verfassungen als „schlafende Klauseln“, die es gewissermaßen durch Rechtsmobilisierung aufzuwecken gilt. Die neuen lateinamerikanischen Verfassungen existieren keineswegs nur auf dem Papier. Armin von Bogdandy (2017) zeigte, dass soziale Ungleichheiten zum zentralen Anliegen der Rechts-

praktiker:innen Lateinamerikas geworden sind. Dabei wird insbesondere deutlich, dass eine Vielzahl empirischer Belege zur lateinamerikanischen Rechtspraxis vorliegt, in der das Phänomen der sozialen Ungleichheit in der Region auch vom interamerikanischen Menschenrechtssystem aufgegriffen wird. Der damit verbundene, perspektivische Optimismus wird jedoch nicht ausnahmslos geteilt (Coddou Mc Manus 2022).

Vielmehr gab Karl Loewenstein schon 1951 in seinem Beitrag zur Ontologie der Verfassungen den Ton an. Schon damals seien viele Verfassungen in Lateinamerika als „ehrgeizig und modern“ anzusehen, was jedoch keinen Wandel in ihren Gesellschaften bewirkt habe. Für Loewenstein war es letztendlich eine Frage der „Hoffnung“, dass sich die soziale Realität in Lateinamerika diesen Verfassungen anpassen würde (Loewenstein 1951, S. 405). Dies scheint nicht nur mit Blick auf die später einsetzenden Militärdiktaturen in Lateinamerika begründet zu sein, sondern auch wegen des aktuellen politischen Rechtsrucks auf dem Kontinent (Ahmad et al. 2026).

Zum Begriff des Rechtsfeldes

Die Debatte über die gesellschaftliche Gestaltungskraft des Rechts in Lateinamerika bleibt offen und so stellt sich die Frage nach der Wirksamkeit des Rechts. Für diese Frage bietet sich der Begriff des Rechtsfeldes an, den Pierre Bourdieu aus seiner allgemeinen Feldtheorie entwickelt hat (Bourdieu 2019). Der Feldansatz ergänzt insbesondere die systemtheoretische Perspektive, die Niklas Luhmann auf das Recht herausgearbeitet hat, und die hier nicht in den Mittelpunkt gestellt wird.

Mittlerweile wurde Bourdieus Ansatz zum Rechtsfeld an unterschiedlichen Stellen kritisiert, so z. B. hinsichtlich der unzureichenden Berücksichtigung der Rolle von Lai:innen (Kretschmann 2017). Schwierigkeiten können ebenso entstehen, wenn das Rechtsfeld als starres Konzept aufgefasst wird und so die Möglichkeit von Transformationen nicht ausreichend berücksichtigt wird (García Villegas 2014; Ciesielski 2025).

Hervorzuheben ist am Begriff des Rechtsfelds, dass Bourdieu damit ein institutionalisiertes Kräfteverhältnis zwischen juristischen Akteur:innen beschreibt. Diese Akteur:innen befinden sich – unter Anwendung rechtlicher Methodiken – in der Auseinandersetzung um eine allgemein verbindliche Darstellung von Konflikten, die ins Recht hineintransportiert wird. Um diesen Vorgang zu entschlüsseln, analysiert Bourdieu die juristische Sprache als Instrument über eine Objektivitätssuggestion, die tatsächliche Machtverhältnisse als Grund von mehr oder weniger privilegierten Positionen in diesem Feld verschleiert.

In diesem Beitrag möchten wir mit empirischen Argumenten darauf hinweisen, dass im Rechtsfeldkonzept mögliche Potenziale stecken, wenn auch dessen Verschiebungen in Betracht gezogen werden. Wird eine Rechtsfeldverschiebung postuliert, so bezeichnen wir damit im Folgenden die konflikthafte Reorganisation von Akteurskonstellationen, Deutungsmustern und Machtpositionen im juridischen Feld infolge gesellschaftlicher Krisen und Rechtsmobilisierung, durch die sich Zugänge zum Recht, Formen juristischer Autorität und Verteilung von Deutungsmacht vor Ort verändern. Insbesondere präsentieren wir empirische Argumente, um zu zeigen, dass sich solche Verschiebungen lokal ergeben können.

Fall Brumadinho und Methode

Die Frage nach der Wirksamkeit des Rechts, die durch die offene Debatte über die gesellschaftliche Gestaltungskraft des Rechts in Lateinamerika angeregt wird, bezeichnet ein Forschungsproblem, das der vorliegende Beitrag nicht auflösen kann. Wir möchten vielmehr einen empirischen Beitrag leisten, um die Aktualität beider Positionen anhand einer transnationalen Fallstudie zu untersuchen, zu der wir hier

unsere Beobachtung der Rechtsfeldverschiebungen anführen. Dafür präsentieren wir vorläufige Forschungsergebnisse aus dem Projekt „Rechtskämpfe in transnationalen Lieferketten“.¹

Das Projekt befasst sich unter anderem mit den Klagen, die infolge von Brasiliens größtem Industrieunfall geführt werden. Es geht dabei um den Dammbruch in Brumadinho (Minas Gerais). Der Damm gehört Vale, Brasiliens größtem transnationalen Mining-Unternehmen, das insbesondere in Minas Gerais umfangreiche Bergbauaktivitäten unterhält.

Als im Januar 2019 der Damm aufgrund mangelnder Sorgfalt brach, kamen 272 Menschen ums Leben. Die Identifizierung der übrigen Opfer dauert noch an. Der Dammbruch hatte verheerende Folgen: Eine Lawine aus giftigem Schlamm breitete sich über das Flussgebiet des Paraopeba-Flussbeckens aus. Sie zerstörte Brücken, Häuser und ganze Straßen, die die abgelegenen Dörfer von Brumadinho mit den städtischen Zentren verbanden.

Sowohl Vale, der Eigentümer des Damms, als auch TÜV SÜD, das deutsche Unternehmen, das ihn zertifiziert hat, sind nun in insgesamt drei transnationale Rechtsverfahren verwickelt: zwei Zivilklagen von Betroffenen gegen den TÜV SÜD von 2019 und 2022 sowie ein Strafverfahren gegen den TÜV SÜD von 2019. Um das zu untersuchen, haben wir 2024 qualitative Interviews mit Expert:innen und Betroffenen vor Ort geführt. Die Zugänge zu den Befragten haben wir durch lokale Forschungskontakte und Kontakte zu NGOs und Betroffenenorganisationen gefunden. Hinzu kamen Interviews in Deutschland. Die Interviews folgten zur Vergleichbarkeit einem semi-strukturierten Leitfaden. Sie waren aber insgesamt offen angelegt, um situativ passende Gespräche zu führen. Die Interviews wurden transkribiert und mit einem Verfahren ausgewertet, das sich an Codierprinzipien der Grounded Theory orientiert hat.

Vale in der Region Brumadinho vor dem Dammbruch

Wir sehen beim Blick auf unsere bisherigen Forschungsergebnisse, dass sich der Dammbruch und die Klagen in besonderem Maße eignen, um die Aktualität beider Positionen über das Recht und die gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten zu erläutern. Anhand der Informationen aus den Interviews beobachten wir, dass sich das in Brumadinho institutionalisierte Rechtsfeld nach dem Dammbruch verschoben hat.

Diese Beobachtung erläutern wir in den nächsten Schritten, wobei wir hier nur exemplarisch auf einige Beispiele eingehen können. Für eine Rekonstruktion ist das brasilianische Mining-Unternehmen Vale zentral. Unsere Analysen über den Brumadinho-Fall geben zunächst Anlass dazu, eine kritische Perspektive zu berücksichtigen. Vale repräsentierte in der Region in der Zeit vor dem Dammbruch ein Versprechen sozialen Aufstiegs. Die Arbeit für Vale in der Bergbauindustrie war in der lokalen Bevölkerung mit der Aussicht auf ein höheres Einkommen verbunden, mit einem besseren Ansehen und sozialer Mobilität.

Alternative Tätigkeiten, z. B. in der Agrarwirtschaft, konnten vergleichbare Aussichten kaum bieten, wenngleich die Agrarwirtschaft in Brumadinho keineswegs unbedeutend war, z. B. in der Obstproduktion in Minas Gerais. Vor dem Dammbruch von Brumadinho war die Stadt ein mittelgroßer Ort mit begrenzten Möglichkeiten und kaum Investitionsprojekten. Jenseits von Vale sprechen wir daher von einem Hintergrund begrenzter sozialer Aufstiegsmöglichkeit in Brumadinho.

Darüber hinaus war die Vorstellung, bei Vale arbeiten zu können, in vielen Familien verankert, da es einer der größten Arbeitgeber der Gemeinde war. Viele der später vom Dammbruch betroffenen

¹ Siehe: <https://www.uni-kassel.de/fb05/fachgruppen-und-institute/politikwissenschaft/fachgebiete/politische-theorie/forschung/rechtskaempfe-in-transnationalen-lieferketten.html> und https://www.uni-due.de/inef/projekt_rechtskaempfe.php. Wir danken Lilli Hasche für ihre Hinweise zu diesem Text.

Menschen hatten Familienmitglieder, die für Vale arbeiteten oder noch immer arbeiten. Während die Agrarwirtschaft keine weiteren Wege für soziale Mobilität und Identifizierung bieten konnte, symbolisierte die Zugehörigkeit zu Vale sozialen Status und Privilegien. Viele identifizierten sich daher mit dem Unternehmen, z. B. durch das Tragen von Firmenuniformen. Das verdeutlicht sich in folgendem Zitat:

„Weil in der Vergangenheit, vor dem Dammbruch, [...], die Menschen ihre Vale-Uniformen immer getragen haben. Sie gingen damit in die Kirche, zu Versammlungen in der Schule, zum Supermarkt. Es war ein Status, [...], für das Unternehmen zu arbeiten.“ (Interview mit zivilgesellschaftlich-kirchlichem Sektor)

Gleichsam bot die Arbeit für Vale keine Möglichkeit für sozialen Aufstieg, um soziale Hierarchien verlässlich und in nennenswertem Umfang zu überwinden. Hierzu ist zu erwähnen, dass Brasilien im lateinamerikanischen Vergleich zu den Ländern mit der stärksten Einkommensungleichheit gehört (Ciesielski 2025, S. 140).

Insgesamt lässt sich zeigen, dass die Rolle von Vale nicht wirklich in Frage gestellt wurde. Das hätten die Zivilgesellschaft und Bevölkerung durchaus tun können, da es bereits in anderen Teilen Brasiliens zu Katastrophen in Vales industrieller Infrastruktur gekommen war, die dort durch weitere Unternehmen verwaltet wurde. Im Jahr 2015 brach ein Damm des Minenbetreibers Samarco Mineração, eines Joint-Ventures von Vale und BHP Billiton, in der Gemeinde Mariana. Dies schuf einen Präzedenzfall, den das Unternehmen nicht zu wiederholen versprach. Unsere Analysen deuten darauf hin, dass der Dammbruch in Mariana vor Ort in Brumadinho zunächst wenig Folgen hatte, weil die Katastrophe nicht als Fehlverhalten von Vale interpretiert wurde:

„Als 2015 der Damm von Mariana brach, sagten wir: ‚Wow, wenn es Vale wäre, würden sie so etwas niemals zulassen.‘ Denn Samarco, [...] war das Unternehmen, das alles verwaltete. Also sagten wir uns: ‚Wenn es Vale wäre, würde so etwas niemals passieren. Vale würde niemals zulassen, dass wir an einem Ort arbeiten, an dem ein Risiko von 1 % besteht, dass der Damm bricht.‘“ (Interview mit Betroffenenorganisation)

Der Dammbruch, Brumadinhos Rechtsfeldverschiebung und Vales neue Dominanz nach 2019

Nachdem der Damm Ende Januar 2019 gebrochen war, reagierte die Zivilgesellschaft unmittelbar. Nach dem Dammbruch kam ein Team der landesweit operierenden zivilgesellschaftlichen Organisation Movimento dos Atingidos por Barragens (MAB) nach Brumadinho und begann mit zivilgesellschaftlicher Soforthilfe. Diese soziale Bewegung hatte im Zusammenhang mit dem Dammbruch von Mariana im Jahr 2015 umfangreiche Erfahrungen gesammelt. Insgesamt verfügte das MAB aufgrund des Dammbruchs von Mariana und weiterer Erfahrungen in strategischer Prozessführung auch über rechtliches Vorwissen. Diese Erfahrung ermöglichte ein schnelleres Handeln in Brumadinho, wie die Interviews zeigen. Neben verschiedenen Anlaufstellen wurde auch sofort eine Rechtsberatungsstelle eingerichtet.

„Dann begannen sie, die einzelnen Räume einzurichten. Es gab einen Raum für den Zivilschutz, einen Raum für die Feuerwehrleute, einen Raum für die Anwälte, einen Raum, in dem man mit Vertretern des Bergbauunternehmens sprechen konnte, einen Raum für die Stadtverwaltung und all diese Leute, denn das war ebenfalls sehr wichtig.“ (Interview mit zivilgesellschaftlichem Sektor)

Schnell bemerkte die lokale Bevölkerung, dass die Schlammflut nicht nur extreme Schäden verursacht hatte, sondern auch Anwält:innen dazu gebracht hatte, ihren Arbeitsfokus auf diese Schäden zu richten.

Einige der Anwält:innen widmeten sich nun der Vertretung der Betroffenen in Brumadinho und strebten dabei eine privatwirtschaftliche Gewinnmaximierung an. Beispielsweise zeigen die Interviews, dass bestimmte Anwält:innen aktiv nach Mandant:innen suchten. Hier bestätigt sich ein Problem für die Zugang-zum-Recht-Forschung, nämlich dass nicht einfach von einer objektiv gegebenen Nachfrage nach Rechtsdienstleistungen auszugehen ist. Die Interviews deuten darauf hin, dass es in Brumadinho nach dem Dammbbruch eine verstärkte Akquise von Katastrophenopfern zum Zwecke ihrer juristischen Verteidigung gab. Dies führte zu Situationen, in denen starker Druck auf die lokale Bevölkerung ausgeübt wurde.

„Und dann war es eine sehr traurige Sache, denn einige Anwälte, eher Aasgeier, kamen am ersten oder zweiten Tag nach Brumadinho und begannen, die Familien mit Angeboten zu belästigen, indem sie sagten, dass sie Milliarden erhalten würden, dass sie die Klage noch heute, sofort, einreichen müssten, und so viele Mandanten gewannen.“ (Interview mit zivilgesellschaftlichem Sektor)

Zu den Rechtsfeldveränderungen gehört zudem, dass sich die brasilianische Staatsanwaltschaft zügig entschied, Vale zur Rechenschaft zu ziehen und das Verfahren zur Kompensation der Opfer einzuleiten. Die Verantwortung Vales wurde im Juli 2019 gerichtlich festgestellt. Dabei spielten die Anwält:innen ebenfalls eine wichtige Rolle, aber vor allem die Initiative der Defensoria Pública. Die Bevölkerung geriet weiter unter Druck und wurde bei diesem ersten Verfahrensschritt nicht unmittelbar einbezogen. Im Rahmen der Umsetzung der gerichtlichen Vereinbarung vom Juli 2019 zahlte Vale Kompensationen in Form eines bedingungslosen Grundeinkommens für die Betroffenen. Diese Folge der Rechtsfeldverschiebung führte dazu, dass für viele Menschen in Brumadinho diese Cash-Transfers zur Haupteinkommensquelle wurden. In der Folge nahm Vale eine ähnlich dominante Rolle wie vor 2019 ein. Folglich befürchten soziale Bewegungen, die sich gegen den extraktivistischen Bergbau engagieren, dass die Bevölkerung die Vorherrschaft von Vale in der Region aufgrund privater Vorteile nicht mehr in Frage stellt.

„Es gibt also Häuser mit zehn Personen, von denen jede den Mindestlohn erhält. Da muss Vale [einiges] geben, sodass die Person, die früher mit wenig Geld gelebt hat, jetzt mehr Geld hat. Was passiert also? Sie haben ein falsches Gefühl der Zugehörigkeit, dass Vale ihnen ein besseres Leben ermöglicht hat. Und wenn das Entschädigungsprogramm endet und sie aufhören zu zahlen? Dann wird die Stadt im Chaos versinken.“ (Interview mit Betroffenenorganisation)

Insgesamt scheint es, dass sich viele Menschen in Brumadinho auf die Kompensationsvereinbarung von Vale verlassen haben. Durch das Einkommensprogramm, das eine Folge der Rechtsfeldverschiebung nach dem Dammbbruch ist, wurden neue Abhängigkeitsformen zwischen Unternehmen und Einwohner:innen aufgebaut. Zudem lag ein besonderer Schwerpunkt der Investitionen der gerichtlichen Vereinbarung auf der Infrastruktur. So wurden beispielsweise Mittel für den Bau neuer Krankenhäuser und die Modernisierung bestehender Einrichtungen in der Region bereitgestellt. Diese führten letztlich zu neuen Spannungen, da diese Aktivitäten und Maßnahmen zunächst mit dem Logo des Unternehmens verzeichnet wurden, was zu Unzufriedenheit und kritischen Reaktionen vonseiten der Familienangehörigen der Opfer geführt hat.

Insgesamt lässt sich sagen, dass der Dammbbruch zu juristischen Aktivitäten vor Ort geführt hat, die es uns auf der Grundlage unserer Interviews erlauben, von einer konfliktreichen Verschiebung in Brumadinhos Rechtsfeld zu sprechen. Diese Veränderung erscheint kritisch, denn Vale ist Betreiber des gebrochenen Damms und bleibt in der Wahrnehmung unserer Interviewten weiterhin der Gewinner – obwohl das Unternehmen wegen der unterschiedlichen rechtlichen Aufarbeitungen des Unfalls Kompen-

sationen zahlen musste. Die rechtliche Aufarbeitung der Katastrophe bringt Erfolge für die Betroffenen. Zugleich bedeutet die Rechtsfeldverschiebung in der Region auch Vorteile für Vale. Das lässt sich beispielsweise daran erkennen, dass die Verantwortung von Vale für den Dammbruch juristisch festgestellt wurde und Vale infolgedessen seine Bedeutsamkeit als relevanter Akteur vor Ort bestärken konnte, weil das Unternehmen beispielsweise die Kompensationszahlungen übernahm und sich an Investitionen beteiligen konnte. Diese ambivalente Diagnose zeigt die Relevanz einer kritischen und differenzierten Betrachtung der Rolle des Rechts in diesem Fall.

Von der Verschiebung in Brumadinhos Rechtsfeld zu transnationalen Klagen

Sprechen die Rechtsfeldverschiebungen eher gegen die gesellschaftliche Gestaltbarkeit mit dem Recht? Ein Teil unserer Interviews zeigt einen weiteren wesentlichen Aspekt: die Beteiligung des Zertifizierers des gebrochenen Damms TÜV SÜD. Seit seiner Gründung Mitte des 19. Jahrhunderts kommerzialisiert der TÜV SÜD die Vertrauenswürdigkeit von Industrieanlagen (Wegener und Strang 2007, S. 156). Im Hinblick auf Brumadinho ist aber von besonderer Bedeutung, dass zwei Klagen und ein Verfahren gegen TÜV SÜD im Zusammenhang mit dem Dammbruch bearbeitet werden. Diese gehen auf die zivil- und strafrechtliche Verantwortung von Mitarbeiter:innen von TÜV SÜD ein, die die Sicherheit des Damms kurz vor seinem Zusammenbruch zertifiziert haben. Die Kläger:innen bemühen sich um eine Auslegung bestehender Normen des europäischen, deutschen und brasilianischen Rechts, die zur Feststellung der Verantwortung von TÜV SÜD führen kann. Hier beobachten wir, wie die Akteur:innen auf der nationalen und transnationalen Ebene das Recht in seinen gestalterischen Möglichkeiten mobilisieren. Das zeigt sich im Fall von Brumadinho deutlicher, wenn die transnationale Dimension berücksichtigt wird.

Die transnationalen Gerichtsverfahren haben das positive Image „deutscher Zuverlässigkeit“ in Frage gestellt und dies bereits, bevor es zu einer gerichtlichen Entscheidung kommt. Das Unternehmen TÜV SÜD, das Vertrauen als einen seiner zentralen Werte betont, wurde während einer außerordentlichen Anhörung während der Covid-19-Pandemie in einem Hochsicherheitsgerichtssaal befragt. Ferner trug die Anwesenheit des Bürgermeisters von Brumadinho bei der Gerichtsverhandlung dazu bei, dass die Verantwortung von Zertifizierern innerhalb globaler Produktionsnetzwerke weiter hinterfragt wurde. Während sich in Deutschland seit 2024 eine politische Rückwärtsbewegung in der gesetzlichen Regulierung von unternehmerischen Sorgfaltspflichten zeigt (Scheper und Ciesielski 2026), wurde der in München ansässige TÜV SÜD in den gerichtlichen Verhandlungen mit seinem Beitrag zu den katastrophalen Schäden der globalen Produktion konfrontiert. Aus der Perspektive eines anwesenden Anwalts stellte sich damit folgendes Bild dar:

„Der TÜV SÜD genießt in Brasilien denselben Ruf wie Mercedes-Benz, Volkswagen und BMW. Es handelt sich sozusagen um deutsche Industrie, weltbekannte Ingenieurskunst, die ein sehr hohes Maß an Vertrauen genießt [...] Und die Tatsache, dass ausgerechnet sie nun bei der Ausstellung dieser Zertifikate betrogen haben, verstört auch das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen. Deshalb wollen sie nun feststellen lassen, dass nicht einfach die brasilianische Gesetzgebung unzureichend war oder dass Vale etwas falsch gemacht hat, sondern dass hier wirklich der TÜV SÜD schuld ist.“ (Interview mit Anwaltschaft Deutschland)

Somit sind unsere Analysen dienlich, um die Rechtsfeldverschiebung in Brumadinho auch als Voraussetzung für diese transnationalen Klagevorhaben zu erkennen. Beispielsweise wurden dafür Berichte über den Dammbruch relevant, die aus den brasilianischen Verfahren kamen. Diese Berichte und viele

weitere Dokumentationen existieren nur aufgrund der Verschiebungen des Rechtsfeldes in Brumadinho selbst. Auch die Zivilklage von 2019 stützt sich auf die europäische Rom-II-Verordnung (EG Nr. 864/2007). Diese macht die Anwendung des brasilianischen Umweltrechts erforderlich, selbst wenn die Klage in Deutschland verhandelt wird. Die Festlegung der Gerichtsbarkeit zur Verarbeitung des Falles wird mit dem Ort verbunden, an dem der Schadensfall eingetreten ist. Dies spielt insofern eine wichtige Rolle, als hier die Beteiligung entscheidend ist.

Zusammenfassung: Der Brumadinho-Fall und seine Bedeutung für die Diskussion über Rechtskämpfe

Insgesamt sind die Verschiebungen im Rechtsfeld von Brumadinho ambivalent. Sie zeigen, dass Recht eine transformative Kraft entfalten kann. Gleichsam bringt Recht in einem Kontext des rohstoffbasierten Extraktivismus keine automatischen Strukturveränderungen. Diese Erkenntnis kann sich durchaus in der bestehenden rechtssoziologischen Forschung verorten, die sich allgemein dafür interessiert, wie gesellschaftliche Konflikte in Rechtssystemen oder in Rechtsfeldern dargestellt werden und dabei externe Logiken anerkennt (Bora 2023; Luhmann 2013; Zemans 1983).

Unsere Forschung zeigt zusätzlich, dass rund um Vale und soziale Aufwärtsmobilität in Brumadinho soziale Konflikte auf das juristische Feld übertragen werden, die dessen verfahrensmäßiger Eigenlogik folgen, indem sie auf rechtliche Normen Bezug nehmen und ggf. Veränderungen juristischer Auslegung anstreben. Dieser Prozess ist umstritten: Den institutionellen Regeln für den Zugang zum juristischen Feld stehen gesellschaftliche und unternehmerische Interessen entgegen. Es entfaltet sich somit ein Rechtskonflikt, bei dem der Ausgang und die Wirkung der drei anhängigen Klagen abzuwarten bleiben. Währenddessen sehen sich die Betroffenen in Brumadinho mit der Vorherrschaft von Vale konfrontiert.

Damit geben die laufenden rechtlichen Auseinandersetzungen bereits Anlass, um unter Verweis auf diese Umkämpftheit des Rechts das Rechtsfeldkonzept weiterzuentwickeln. Das Konzept der Rechtskämpfe wurde in der deutschen Politikwissenschaft auf der Grundlage internationaler empirischer Forschung entwickelt (Buckel et al. 2024). Es ist gleichsam anschlussfähig an die Rechtssoziologie, die Bourdieus Rechtsdenken (Guibentif 2019) im Hinblick auf den Transformationsbegriff weiterentwickelt (Cieński 2025; García Villegas 2014). Gegenüber den Socio-Legal Studies integriert das Rechtskampfkonzepkt auch die Arbeit der Frankfurter Schule und Elemente von Gramscis Theorie (Vestena 2022) – ein theoretischer Anschlusspunkt, der sich mit Blick auf die Arbeitskonflikte in Brumadinho aufdrängt. Insgesamt bringen uns unsere Analysen bisher zur Frage, wie bestimmte Akteur:innen oder „juridische Intellektuelle“ Strategien entwickeln, die gesellschaftliche Konflikte von politischen Kämpfen zu justiziablen Problemen innerhalb des juristischen Feldes machen, sie also verlagern. Außerdem zeigt der Fall, wie sich die Rechtskämpfe multi-skalar verflechten bzw. sich lokal und transnational gegenseitig beeinflussen.

Die Untersuchung der lokalen und transnationalen juristischen Aufarbeitung des Brumadinho-Falles zeigt, inwiefern die mit der Schlammwelle verbundenen Verschiebungen von Brumadinhos Rechtsfeld gleichsam rechtliche Gestaltung möglich machen, ohne dabei das Recht als „Legal Fix“ von gesellschaftlichen Problemen ansehen zu müssen. Möglich wäre es daher, die Spannung zwischen der gestalterischen und der kritischen Position auf das Recht begrifflich besser auszutarieren und dabei das gestalterische Potenzial des Rechts genau im Hinblick auf seine Widersprüchlichkeiten herauszuarbeiten.

Literatur

- Ahmad, Nadja, Hans-Jürgen Burchardt, Kristina Dietz, Hannes Warnecke-Berger und Jonas Wolff, Hrsg. 2026. *Die politische Rechte in Lateinamerika*. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- von Bogdandy, Armin. 2017. *Ius Constitutionale en America Latina: Context, Challenges, and Perspectives*. In *Transformative Constitutionalism in Latin America: The Emergence of a New Ius Commune*, Hrsg. Armin von Bogdandy, Ferrer Mac-Gregor, Mariela Morales Antoniazzi und Flávia Piovesan, 27–48. Oxford: Oxford University Press.
- Bora, Alfons. 2023. *Responsive Rechtssoziologie – Theoriegeschichte in systematischer Absicht: Soziologische Theorie des Rechts 1*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bourdieu, Pierre. 2019. Die Kraft des Rechts. Elemente einer Soziologie des juridischen Feldes. In *Bourdieu's Rechtsdenken*, Hrsg. Andrea Kretschmann, 35–75. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Buckel, Sonja. 2014. »Welcome to Europe« - Die Grenzen des europäischen Migrationsrechts: Juridische Auseinandersetzungen um das »Staatsprojekt Europa«. Bielefeld: transcript Verlag.
- Buckel, Sonja, Maximilian Pichl und Carolina A. Vestena. 2024. Legal Struggles: A Social Theory Perspective on Strategic Litigation and Legal Mobilisation. *Social & Legal Studies* 33:21–41.
- Ciesielski, Markus. 2025. *Bildungsklagen in Kolumbien: Eine Soziologie rechtlicher Transformation*. Campus Verlag.
- Coddou Mc Manus, Alberto. 2022. A critical account of *Ius Constitutionale Commune* in Latin America: An intellectual map of contemporary Latin American constitutionalism. *Global Constitutionalism* 11:110–138.
- García Villegas, Mauricio. 2014. *La eficacia simbólica del derecho. Sociología política del campo jurídico en América Latina*. Bogotá D.C.: IEPRI / Penguin Random.
- Gargarella, Roberto. 2012. Latin American Constitutionalism Then and Now: Promises and Questions. In *New Constitutionalism in Latin America*, Hrsg. Detlef Nolte und Almut Schilling-Vacaflor, 143–160. Farnham, Surrey; Burlington, VT: Ashgate Pub.
- Guibentif, Pierre. 2019. Pierre Bourdieu und das Feld des Rechts. Lehren einer unbequemen Beziehung. In *Das Rechtsdenken Pierre Bourdieus*, Hrsg. Andrea Kretschmann, 96–127. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Kretschmann, Andrea. 2017. Der Laie als Präzedenzfall im Rechtsdenken Pierre Bourdieus. *Sociologia Internationalis* 55:79–108.
- Loewenstein, Karl. 1951. Verfassungsrecht und Verfassungsrealität: Beiträge zur Ontologie der Verfassungen. *Archiv des öffentlichen Rechts* 77:387–435.
- Luhmann, Niklas. 2013. *Kontingenz und Recht: Rechtstheorie im interdisziplinären Zusammenhang*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Marshall, Thomas Humphrey. 2009. Citizenship and Social Class. In *Inequality and Society*, Hrsg. Jeff Manza und Michael Sauder, 148–154. New York: Norton und Co.
- Neves, Marcelo. 1998. *Symbolische Konstitutionalisierung*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Pound, Roscoe. 1910. Law in Books and Law in Action. *American Law Review* 44:12–36.
- Scheper, Christian, und Markus Ciesielski. 2026. Catching Up, Pushing Back: The Politics of Due Diligence in Global Value Chain Regulation. In *Global Trends: Prospects for Development and Peace Multilateral Cooperation for People and Planet*, Hrsg. Cornelia Ulbert und Marcus Kaplan, 81–101. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Vestena, Carolina Alves. 2022. *Das Recht in Bewegung: kollektive Mobilisierung des Rechts in Zeiten der Austeritätspolitik*. 1. Auflage. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Wegener, Kristina, und Rainer Strang. 2007. Die Marke TÜV SÜD – Vom Pflichtfaktor zum „Mehr Wert“-Partner. In *Internal Branding. Wie Sie Ihre Mitarbeiter zu Markenbotschaftern machen*, Hrsg. Holger J. Schmidt, 153–168. Wiesbaden: Gabler.
- Zemans, Frances Kahn. 1983. Legal Mobilization: The Neglected Role of the Law in the Political System. *American Political Science Review* 77:690–703.